

**Eigenerklärung gemäß § 6 Abs. 3 Satz 2 VOL/A**

**Anlage zur Bewerbung / zum Angebot der Justizvollzugsanstalt Waldheim  
Produktiv- und Servicebereich**

Angebot vom:

Az.: E-5460/15/2

Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Telefon-Nr.: \_\_\_\_\_

Fax-Nr.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich/Wir erkläre(n), dass:

ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt wurde.

ja    nein

ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet wurde.

ja    nein

ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens mangels Masse abgelehnt wurde.

ja    nein

ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

ja    nein

(falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/werden wir ihn auf Verlangen vorlegen)

ja    nein

Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.

ja    nein

Ich/Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber/Bieter in Frage stellt z. B.

- wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB)
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO)
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen
  - > Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB)
  - > Geldwäsche (§ 261 StGB)
  - > Bestechung (§ 334 StGB)
  - > Vorteilsgewährung (§ 333 StGB)
  - > Diebstahl (§ 242 StGB)
  - > Unterschlagung (§ 246 StGB)
  - > Erpressung (§ 53 StGB)
  - > Betrug (§ 263 StGB)
  - > Subventionsbetrug (§ 264 StGB)
  - > Kreditbetrug (§ 265b StGB)
  - > Untreue (§ 266 StGB)
  - > Urkundenfälschung (§ 267 StGB)
  - > Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB)
  - > Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB)

- > Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)
  - > Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)
  - > Brandstiftung (§ 306 StGB)
  - > Baugefährdung (§ 319 StGB)
  - > Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB)
  - > Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB)
- die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten Jahren nicht

- gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes
  - gemäß § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch
  - gemäß §§ 15, 15a und 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
  - gemäß § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind
- oder
- gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohnengesetz (MiLoG) und § 21 MiLoG mit einer Geldbuße sowie
  - gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendegesetzes von wenigstens 2.500 € belegt worden bin/sind.

Ich/Wir erkläre(n), dass die angebotenen Produkte/Artikel aus schadstofffreien Materialien hergestellt bzw. gefertigt wurden.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben habe(n).

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass sich der Auftraggeber vorbehält, zur weiteren Prüfung konkrete Nachweise zu fordern und dass er die Erteilung des Auftrages von der Vorlage dieser Nachweise abhängig machen kann.

Ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € wird von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO abgefordert.

Darüber hinaus verpflichte(n) ich mich/wir uns, Änderungen an den vorgenannten Erklärungen unverzüglich mitzuteilen.

---

Ort, Datum, Firmenstempel, leserliche Unterschrift